



Die Bürgerinteressengemeinschaft (BIG) Scharmbeckstotel hatte zur Podiumsdiskussion zum Thema Wulfsküche Politiker des Stadtrates eingeladen.
Foto: Fricke

Proteste gegen Bebauungsplan

Podiumsdiskussion mit Politikern des Stadtrates zum Baugebiet Wulfsküche

MONIKA FRICKE

SCHARMBECKSTOTEL Die Bürgerinteressengemeinschaft (BIG) Scharmbeckstotel hatte kürzlich Politiker aller Fraktionen des Stadtrates zur Podiumsdiskussion mit Stellungnahme zu ihren Fragen in die Grundschule eingeladen. Der Abend drehte sich um das Baugebiet Wulfsküche. Im Werkstattgespräch mit dem Ortsvorsteher Peter Schnaars hatten die Scharmbeckstoteler 2022 von Bauplänen erfahren. Nach ersten Plänen der Kreisstadt sollte eine Bebauung von 60 bis 80 Wohneinheiten erfolgen. Der Investor forderte eine Bebauung mit 174 Wohneinheiten. Seit Bekannt-

werden dieser Forderung protestieren die Bürger gegen die Erhöhung.

Der Einladung in den Ortsteil Scharmbeckstotel folgten Wilfried Pallasch (Bürgerfraktion), Brigitte Neuner-Krämer (Grüne), Werner Schauer (SPD) und Herbert Behrens (Linke). Rund 150 Bürgerinnen und Bürger waren ebenfalls in die Aula der Grundschule gekommen, um Fragen an die Kommunalpolitiker zu richten.

Pallasch machte deutlich, dass er für die Bebauung der Wulfsküche sei, weil die Ortschaft viel Potenzial zum Wohnungsbau habe. Der Flächennutzungsplan wurde bereits vor vielen Jahren

erarbeitet und er respektiere die Entscheidung des Rates. Gegen die Erhöhung der Wohneinheiten sprach sich Neuner-Krämer aus: 50 Wohneinheiten seien in Ordnung, 80 schon kritisch und 174 unverhältnismäßig. Schauer bemerkte, dass in der Stadt riesengroße Wohnungsnot herrsche. In erste Linie müssten Wohngebiete mit bezahlbarem Wohnraum ausgewiesen werden. Im Bebauungsplan sei bisher die Zahl der Wohneinheiten noch nicht festgelegt, so Schauer. Die Frage nach der Größenordnung des Baugebietes stellte sich Behrens. Damit seien schließlich größere soziale Infrastrukturen verbunden. Am

Standort Scharmbeckstotel sei es nicht nötig, Wohnraum in dieser Größenordnung zu platzieren, „wenn hier gebaut werde, dann so, wie die Stadt es zu Beginn vorgesehen hatte.“ Behrens sprach sich für eine Begrenzung der Wohneinheiten aus.

Die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaft forderten mehr Rahmenbedingungen für Baugebiete und erkundigten sich nach einem „Städtebaulichen Gesamtkonzept“. Nach der öffentlichen Auslegung des Bauvorhabens könne jeder, der etwas zu kritisieren habe, im Rahmen der Bürgerbeteiligung seine Bedenken einbringen, erklärte Schauer den Anwesenden.